



**Generalprokuratur  
beim Obersten Gerichtshof**

GZ: Jv 508-1/01

An das  
Bundesministerium für Justiz  
in Wien

Museumstraße 12  
A-1016 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 57

Telefon  
01/52152-3679

Telefax  
01/52152-3313

E-Mail  
ogh3@utanet.at

Sachbearbeiter GA Dr. Fabrizio

Klappe (DW)

121 SN-240/ME

zur GZ 578.020/S-II.3/2001

Betrifft: Entwurf einer Strafprozessnovelle 2001

Die Generalprokuratur beehrt sich, zum obengenannten  
Gesetzesentwurf folgende

**S t e l l u n g n a h m e**

zu erstatten, die in 25-facher Ausfertigung auch dem Präsidium  
des Nationalrates zugemittelt wird:

Zu Artikel I Z 1 bis 4, 6 bis 9, 13 bis 16 (§§ 149a bis  
149c, 149e bis 149h, 149m, 149o, 151 Abs 2, 414a StPO):

Die Übernahme der Bestimmungen des Bundesgesetzes BGBl I Nr. 105/1997 über „besondere Ermittlungsmaßnahmen“ ohne weitere Befristung in den Rechtsbestand ist uneingeschränkt zu begrüßen. Eine inhaltliche Änderung dieser und der verwandten Bestimmungen über die Überwachung des Fernmeldeverkehrs erscheint aber weder notwendig noch zweckmäßig, zumal der bereits zur Begutachtung versandte Entwurf eines Strafprozessreformgesetzes eine grundlegende Erneuerung der Bestimmungen über die Überwachung von Nachrichten vorsieht. Der gegenständliche Entwurf zielt somit ohne zwingenden Grund auf die Schaffung bloß temporär geltenden Rechtes ab.

Sollte aber dennoch an einer inhaltlichen Änderung der betroffenen Bestimmungen festgehalten werden, so wäre zu bedenken:

Die sogenannte Rufdatenrück Erfassung stellt einen Eingriff bedeutend geringeren Gewichtes in das Fernmeldegeheimnis als die Überwachung des Nachrichteninhaltes dar und sollte daher nicht den selben strengen Erfordernissen wie Letztere unterworfen werden. Die Regelung sollte vielmehr ähnlich der der Beschlagnahme erfolgen, wobei insbesondere die Zuständigkeit des Untersuchungsrichters im Vorverfahren vorzusehen wäre und vom Erfordernis eines dringenden Tatverdachtes abgesehen werden sollte (siehe auch die Entscheidungsbesprechung von Burgstaller, JBl 2001, 236).

Abgesehen davon handelt es sich bei der Rufdatenrück Erfassung um eine Maßnahme, die in der Praxis auch im Stadium der Hauptverhandlung Anwendung findet, so dass - auch nach der heutigen Rechtslage - in diesen Fällen eine Befassung der

Ratskammer wohl nicht in Betracht kommt (zur abschließenden Klärung dieser Zuständigkeitsfrage wurde eine Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes erhoben, über die der Oberste Gerichtshof noch nicht entschieden hat). Auch aus diesem Grund erscheint es angebracht, die Anordnung der Rufdatenrück Erfassung (auch) im Vorverfahren nicht der Ratskammer vorzubehalten.

Wien, am 6. September 2001

Der Leiter der Generalprokuratur:

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and a long horizontal stroke at the end.